

Jänicke, Christin; Gunzelmann, Hans Jonas

Article

In den eigenen Reihen: Rechte Interventionen in der Zivilgesellschaft

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Jänicke, Christin; Gunzelmann, Hans Jonas (2025) : In den eigenen Reihen: Rechte Interventionen in der Zivilgesellschaft, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 187 (1/25), pp. 19-22,
<https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2025/f-26846.pdf>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/337074>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

In den eigenen Reihen

Rechte Interventionen in der Zivilgesellschaft

Im Sportverein bildet sich eine neonazistische Gruppe, beim Feuerwehrfest wird ein Freiwilliger rassistisch angegriffen, die Vorsitzende der Kirchengemeinde verbreitet extrem rechte Ansichten. Immer öfter werden zivilgesellschaftliche Organisationen Ziel rechter Interventionen. Sie haben damit nicht mehr nur mit extrem rechten Parteien oder Amtsträgern zu tun; Konflikte entstehen in den eigenen Reihen. Physische und verbale Angriffe sind gut dokumentiert – die Auseinandersetzung mit subtilen Formen der Vereinnahmung steht dagegen noch am Anfang.

Christin Jänicke und Hans Jonas Gunzelmann

Hunderttausende Menschen protestierten in ganz Deutschland kurz vor den vorgezogenen Bundestagswahlen im Februar erneut gegen extrem rechte Politik; unter ihnen Engagierte aus Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Seit Wochen setzt sich ein breites Bündnis zudem für ein Verbot der extrem rechten AfD ein. Zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter der Bund Deutscher Pfadfinder_innen, die Naturschutzjugend und die Berliner Obdachlosenhilfe, gehören maßgeblich zu den Initiatoren. Diese beiden Beispiele verdeutlichen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen bedeutende Akteure in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus sind. Oft verbinden wir mit ihnen das Ideal einer lebendigen, engagierten Zivilgesellschaft, in der demokratische Werte nicht nur hochgehalten, sondern auch aktiv gelebt werden, und in der die gesellschaftliche Teilhabe gefördert wird.

Was aber, wenn in Gemeinden, Vereinen und Initiativen selbst rechte Positionen vertreten werden? Immerhin treffen hier Menschen mit unterschiedlichsten sozialen, kulturellen und

politischen Hintergründen und Interessen aufeinander. Wie regelmäßig erhobene Untersuchungen zeigen, sind extrem rechte Einstellungen in der gesamten Gesellschaft verbreitet; die Zivilgesellschaft als Ort gemeinschaftlichen Lebens in Vereinen, Verbänden und anderen Organisationsformen abseits von Markt und Staat bleibt davon nicht unberührt. Zunehmend wirft auch die Forschung einen Blick auf diese unzivile Seite der Zivilgesellschaft.

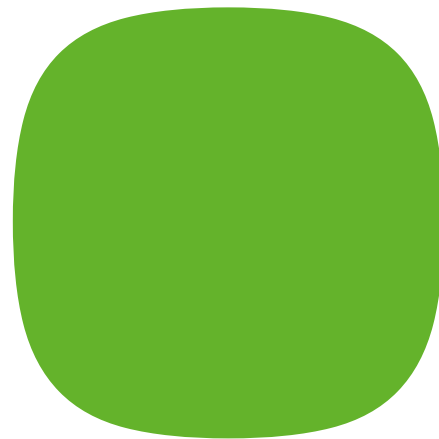
„So vielfältig die organisierte Zivilgesellschaft ist, so vielfältig sind auch die Formen rechter Interventionen“

Wir wollten die verschiedenen Facetten der Zivilgesellschaft besser verstehen und im Rahmen unseres Projektes „Organisierte Zivilgesellschaft und rechte Interventionen“ untersuchen, einer Kooperation des WZB und der Universität Kassel. Dazu haben wir Artikel aus

Tageszeitungen, antifaschistischen Zeitschriften und Interviews mit Expert*innen in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Feldern aus den Jahren 2018 bis 2023 in Deutschland analysiert. Auf der Grundlage dieser drei Quellen wollten wir herausfinden, wie sich rechte Interventionen in der Zivilgesellschaft manifestieren, von wem sie ausgehen und an wen sie sich richten. Unsere Ergebnisse zeigen: So vielfältig die organisierte Zivilgesellschaft ist, so vielfältig sind auch die Formen rechter Interventionen. Diese reichen von tätlichen Angriffen auf Engagierte und deren Einrichtungen über die Gründung extrem rechter Organisationen bis hin zu Spendenangeboten und Vereinnahmungen. Wir beobachten die rechten Interventionen aus drei verschiedenen Perspektiven: Die Tageszeitungen erlauben eine Analyse der Medienperspektive, antifaschistische Zeitschriften geben die Perspektive der Aktivist*innen wieder, die Interviews mit zivilgesellschaftlichen Akteuren schließlich spiegeln die Betroffenenperspektive. Aus der Kombination der Zugänge ergibt sich ein umfassendes Bild rechter Interventionen in die Zivilgesellschaft.

„Angriffe, Bedrohungen und Raumnahmen sind wesentliche Elemente extrem rechten Handelns“

Drei Formen der Intervention lassen sich beschreiben: Erstens sind Angriffe, Bedrohungen und Raumnahmen wesentliche Elemente extrem rechten Handelns. Insbesondere über gewaltsame oder konflikthafte Fälle wird in Tageszeitungen berichtet – etwa drei Viertel aller rechten Interventionen zählen zu dieser Kategorie. Die meisten erfordern nur geringen Aufwand und bestehen vor allem aus verbalen Aktionen, insbesondere aus Hassreden, aber auch aus kleineren Formen von Sachbeschädigung und körperlicher Gewalt. Typische Fälle sind rassistische Beleidigungen bei Fußballspielen. Seltener sind Ereignisse zu finden, die einen mittleren oder sogar hohen Ressourceneinsatz verlangen. Dazu gehören Formen der Gewalt, die mehr Planung oder Koordination erfordern, von kollektiven Übergriffen bis hin zu Morden. Zudem gibt es gewaltfreie Formen wie Demonstrationen oder öffentliche Äußerungen, die aber aufgrund ihres konfrontativen Cha-



Christin Jänicke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung in den Projekten „Organisierte Zivilgesellschaft und rechte Interventionen“ und „Wirksam gegen Rechtsaußen. Evidenzbasierte Strategien für den Umgang mit der extremen Rechten“. Sie promoviert an der Freien Universität Berlin zum zivilgesellschaftlichen Umgang mit Rechtsextremismus, mit Schwerpunkt auf Ostdeutschland. Das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung ist ein gemeinsames Zentrum des WZB und der Freien Universität Berlin. christin.jaenicke@wzb.eu

rakters als feindselig gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihren Engagierten wahrgenommen werden können.

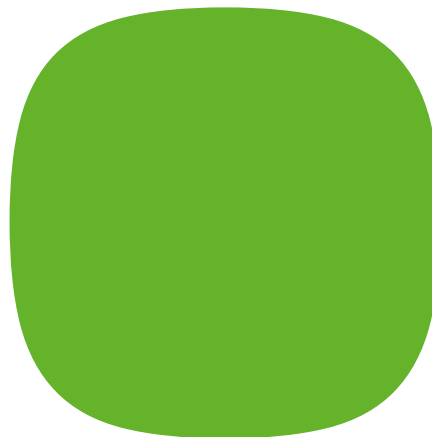
„Extreme Rechte gründen auch eigene Initiativen oder Vereine“

Zweitens umfasst das rechtsextreme Repertoire eigenständige Aktionen, also selbst organisierte Veranstaltungen. Von diesen Ereignissen berichten vor allem Aktivist*innen, seltener die Medien. Solche Aktionen machen mehr als die Hälfte aller Fälle in antifaschistischen Zeitschriften aus. Sie lassen sich hauptsächlich in zwei Kategorien einteilen. Zum einen organisiert die extreme Rechte eigene zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie Sportfeste oder Gedenkveranstaltungen. Eine eigene Veranstaltung erfordert in der Regel mehr Ressourcen, was sie von der Mehrheit der gewaltsamen und konflikthafter Interventionen unterscheidet, die oft spontan, also ohne umfangreiche Planung, stattfinden. Ein Faustschlag oder ein menschenverachtender Spruch benötigen weniger Vorbereitung und Ressourcen als ein bundesweites Großkonzert. Zum anderen grün-

det die extreme Rechte Initiativen oder Vereine – von extrem rechten Wandergruppen und bundesweiten neonazistischen Kampfsportturnieren bis hin zu extrem rechten Heimatvereinen oder innerbetrieblichen Interessenvertretungen, die sich als Gewerkschaft verstehen. Besonders bei letzterem Beispiel ist ein höherer Ressourceneinsatz erforderlich: Personal, Material, Zeit und Geld sind notwendig, um eine dauerhafte rechte Organisation zu etablieren. Durch solche Aktionen tritt die extreme Rechte oft bewusst in Konkurrenz zu etablierten zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Eine dritte Form rechter Interventionen sind Kooperationsversuche mit etablierten Organisationen der Zivilgesellschaft. Dies zeigt vor allem die Betroffenenperspektive. Medien berichten eher selten von Kooperationsveranstaltungen, in den Interviews mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen stellten sie die Mehrheit der genannten Fälle. Viele Interviewpartner*innen betonten, dass die extreme Rechte nicht nur in Konfrontation mit etablierten zivilgesellschaftlichen Organisationen geht, sondern auch aktiv Kooperationsangebote unterbreitet. Hier können wir vor allem zwei Varianten unterscheiden: Rechtsextreme Akteure suchen den Kontakt zur Zivilgesellschaft, indem sie Ressourcen anbieten oder bereitstellen. So werden beispielsweise Geldspenden an Schützenvereine oder Suppenküchen offeriert, ebenso wie Sachspenden an Tierschutzvereine. Außerdem beobachten wir die Vereinnahmung von Themen und Inhalten zivilgesellschaftlicher Organisationen durch extrem rechte Akteure. Solche Formen der Intervention finden wir zum Beispiel im kirchlichen Bereich, wenn es um Abtreibung und Selbstbestimmung geht. Auch Heimatvereine sehen sich extrem rechten Deutungen von Heimat gegenüber, wie Accounts und Hashtags in den sozialen Medien verdeutlichen. Hinter auf den ersten Blick unpolitischen Profilen, die Bilder von Natur und Familie präsentieren, verbergen sich völkische Narrative extrem rechter Akteure. Heimatvereine stehen vor der Herausforderung, ihre Inhalte von Rechtsaußen abzugrenzen.

Werfen wir einen genaueren Blick darauf, von wem die rechten Interventionen ausgehen. Die Ergebnisse zeigen eine bemerkenswerte Vielfalt: In unseren Daten identifizierten wir mehr als 187 unterschiedliche Akteure. Die meisten Interventionen lassen sich extrem rechten Parteien zuschreiben. Es gibt aber eine breite Pa-



Hans Jonas Gunzelmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung in den Projekten „Organisierte Zivilgesellschaft und rechte Interventionen“ und „Wirksam gegen Rechtsaußen. Evidenzbasierte Strategien für den Umgang mit der extremen Rechten“. Seine Forschungsinteressen sind politische Soziologie und Organisationssoziologie, insbesondere soziale Bewegungen, Protest und Zivilgesellschaft. jonas.gunzelmann@wzb.eu

lette an intervenierenden Akteuren, die nicht eindeutig rechtsextrem sind. In mehr als einem Drittel der Fälle konnten wir entweder eine andere Ideologie zuordnen, oder der politische Hintergrund der Akteure blieb unklar. Deutlich wird auch: Rechte Interventionen stellen nicht nur externe Bedrohungen dar; viele der Akteure stammen aus zivilgesellschaftlichen Strukturen. Dabei ist die Grenze zwischen dem Innen und Außen der Zivilgesellschaft fließend, da es sowohl ideologische Ähnlichkeiten als auch Netzwerke zwischen Akteuren in beiden Bereichen gibt.

„Rechte Interventionen gehen nicht immer von klar identifizierbaren extrem rechten Akteuren aus“

An wen richten sich diese rechten Interventionen? In erster Linie zielen sie auf die Normen und Werte der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Bereiche, wie etwa der Kirche, Gewerkschaften oder Heimatvereine. Häufig richten sich diese Interventionen auch gegen einzelne Organisationen der Zivilgesellschaft. Fälle von Interventionen auf individueller Ebene sind

seltener; wenn sie auftreten, betreffen sie oft hauptamtliche Mitarbeiter*innen oder Personen, die sich öffentlich gegen Rechtsextremismus oder Rassismus positionieren.

Unsere Ergebnisse hinterfragen die Vorstellung einer scharfen Trennung zwischen einer demokratischen Zivilgesellschaft und der extremen Rechten als äußerer Bedrohung für zivilgesellschaftliche Organisationen und deren Mitglieder. Rechte Interventionen gehen nicht immer von klar identifizierbaren extrem rechten Akteuren aus; sie kommen auch von nicht-rechtsextremen Personen, die extrem rechte Forderungen vertreten. In ihren unterschiedlichen Formen stellen die Interventionen grundlegende Bereiche der Zivilgesellschaft in Frage

– sie betreffen zentrale Normen, Werte und Beziehungsstrukturen und haben weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Wir können also die Zivilgesellschaft nicht als ein unerschütterliches Bollwerk gegen die extreme Rechte betrachten, sondern als eine Arena, in der Konflikte und Aushandlungsprozesse stattfinden. In Anbetracht der Veränderungen, die durch das Erstarken der extremen Rechten bereits sichtbar werden, kommt der Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle zu. ●

Informationen zum Projekt unter: www.wzb.eu/de/forschung/wandel-politischer-systeme/zentrum-fuer-zivilgesellschaftsforschung/projekte/organisierte-zivilgesellschaft-und-rechte-interventionen